Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 16

Artikel: Sowjetischer Lebensstandard heute : oder Moskauer Sommer 1965

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076981

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sowjetischer Lebensstandard heute

(oder Moskauer Sommer 1965)

Man kann den nachfolgenden Text nicht nur in der Placierung als eine Fortsetzung zu Mihajlovs «Moskauer Sommer 1964» betrachten. Jetzt lenkt sogar das kommunistische Hauptorgan der Tschechoslowakei seine Leser auf die Tatsache hin, dass nicht alles wohlbestellt sei im verheissenen Land der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Der Verfasser, Zdenek Horeni, ist seit 1959 Korrespondent der Prager Zeitung «Rude Pravo». Seine Ausführungen über den sowjetischen Lebensstandard erschienen in der Nummer vom 5. Juli.

Allerdings besteht zwischen den beiden Berichten keine formelle Parallele. Mihajlov schrieb in erster Linie über das literarische Leben in der Sowjetunion, Horeni über die dortigen Wirtschaftsprobleme. Mihajlovs Dastellung erschien in einer literarischen Zeitschrift, Horenis Aufsatz in einer offiziellen Parteizeitung. Mihajlov schrieb auf direkte und angriffige Weise, Horeni in umständlichem Stil des zuverlässigen Parteimannes. Mihajlov schloss seinen ernüchternden Feststellungen ketzerische Gedanken an, Horeni drapiert ähnlich Fakten mit einer Wolke parteigerechter Enschuldigungen.

Das alles macht den Artikel in «Rude Pravo» zunächst viel unauffälliger und unsensationeller in der Gestaltung. Aber — und das muss betont werden — gleichzeitig eher noch wichtiger. Wäre der Text mit den gleichen Fakten aber mit schärferer Formulierung beispielsweise in der slowakischen Kulturpresse erschienen, die mehr oder weniger offen in Opposition zur dogmatischen Linie der Parteiführung steht, so wäre das nur ein interessantes Beispiel mehr für die heutigen Diskussionsmöglichkeiten in der CSSR. Nun aber sind diese Ausführungen gerade in dem Organ anzutreffen, welches die dogmatische Linie am reinsten verkörpert, welches mit dem Gewicht der «korrekten» KP-Politik spricht.

Um das Ausmass der Kritik zu erkennen, muss man durch die Tarnung der Phraseologie hindurchsehen, das scheinbar Beiläufige als eigentlichen Zielpunkt erkennen. So erwähnt Horeni den monatlichen Durchschnittslohn des sowjetischen Arbeiters und fügt bei, diese 90 Rubel entsprächen 900 tschechischen Kronen. Das fordert natürlich den Leser indirekt zu einem Vergleich mit dem tschechoslowakischen Durchschnittslohn auf, der 1500 Kronen beträgt, nach dieser Darstellung also das Doppelte. Er mildert diese niederschmetternde Auskunft nicht einmal durch einige Anmerkungen über Kaufkraft des Rubels und Lebenskosten, obwohl solche Angaben dem Vergleich etwas von seiner Schärfe nehmen könnten. Auch sein Hinweis auf die prekäre Wohnlage in der Sowjetunion entspricht keineswegs dem Bild, das die UdSSR im Ausland von ihren Verhältnissen entwirft.

Nun trifft es zu, dass Horeni das alles mit sehr positiv wirkenden Erklärungen versieht und ausdrücklich davor warnt, einzelne Erscheinungen aus dem Zusammenhang zu lösen. Nur muss er als erfahrener Korrespondent wissen, dass sich die Leser von solchen «objektiven Ursachen» kaum sehr beeindrucken lassen werden. Wenn etwa das zaristische Erbe angeführt wird, so zieht das Argument im Jahre 1965 einfach nicht mehr. Dagegen wird der Leser sehr hellhörig die parteioffiziöse Aussage vernehmen, dass der sowjetische Siebenjahresplan keine entscheidende Aenderung gebracht habe, oder dass die Ziele zur Hebung des Lebensstandards nicht erreicht worden seien.

Wie weit steht die Partei hinter dieser Darstellung, die in ihrem offiziellen Organ erscheinen konnte? Ein Versehen ist unwahrscheinlich. In ihren wirtschaftlichen Forderungen haben die «Revisionisten» in der Tschechoslowakei die Partei schon zu manchem Nachgeben gezwungen. Beginnt die KP-Führung nun auch jenen Gehör zu schenken, vielleicht versuchsweise, die eine grössere Unabhängigkeit von Moskau als das Gebot der Stunde ansehen?

Natürlich macht eine Schwalbe noch keinen Frühling. Auch ist daran zu erinnern, dass ähnliche Berichte schon während der Tauwetterperiode von 1956 aufgetaucht waren, mit der «Re-Dogmatisierung» aber durchwegs wieder verschwanden. Doch bei aller Vorsicht hat man Anlass, der weiteren Entwicklung gespannt entgegenzusehen.

Laszlo Revesz

Der osteuropäische Bauer

Seine Rechtslage im 17. und 18. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Ungarns.

Verlag SOI, Bern 1964, 312 Seiten, Fr. 24.80. Erhältlich durch jede Buchhandlung.

Ein grundlegendes, rechtshistorisches Werk über die Agrarverhältnisse Osteuropas, das politische Grundlagenforschung im weitesten Sinne des Wortes darstellt.
Der Ursprung der Zweiteilung Europas reicht in das Mittelalter zurück und kommt in der Agrarverfassung am anschaulichsten zum Ausdruck.

Das grosse Manöver

Von Zdenek Horeni, Moskauer Korrespondent der «Rude Pravo», Prag.

Es scheint eine Tatsache zu sein, dass in der sowjetischen Wirtschaft wichtige Aenderungen bevorstehen. Einer der Spitzenexperten des Gosplans nannte die zu erwartenden qualitativen Aenderungen im sowjetischen Wirtschaftsgefüge «das grosse ökonomische Manöver». Mit dieser Beschreibung will er offensichtlich darauf hinweisen, dass

die im Zusammenhang mit dem neuen Fünfjahresplan vorbereiteten Reformen von erstrangiger Bedeutung sind.

In der Sowjetunion hat man seit kurzem sozusagen ein Inventar von Werten und Konzeptionen angelegt. Eine gewisse Neubewertung der Wirtschaftspolitik ist im Gange, gegründet auf objektive Gegebenheiten und Möglichkeiten. Man verwirft «Illusionen, Selbstgefälligkeit, willkürliche Entscheidungen, Improvisationen, Subjektivismus». Man fordert «wissenschaftliche Annäherung».

Die Dezembersession des Obersten Sowjets, die den Plan für dieses Jahr annahm, und das Märzplenum vom Zentralkomitee der KPdSU, das dringende Massnahmen zur Förderung der weiteren landwirtschaftlichen Expansion besprach, haben uns Anhaltspunkte für die künftigen Tendenzen gegeben.

Nun arbeiten Partei- und Regierungsbehörden an den neuen wirtschaftlichen Richtlinien. Ein gewaltiger Stab von Oekonomen und andern Experten ist mobilisiert worden. Die Kontrollziffern des neuen Fünfjahresplanes sind bis zur Genehmigungsphase ausgearbeitet, Regierungs- und Parteiführung beschäftigen sich mit Problemen besserer Industrieleitung und besserer Planungsmethoden. Inoffiziell spricht man von einem neuen Plenum des KPdSU-Zentralkomitees, das sich bald — möglicherweise vor dem Herbst — mit einigen Hauptfragen des Industrieaufbaus befassen würde.

Was ist das wichtigste Problem?

Der sowjetische Volkswirtschaftler A. Maltin, ein führender Gosplan-Experte, erklärte in der «Ekonomitscheskaja Gasjeta», in einem gewissen Entwicklungsstadium der Sowjetgesellschaft seien die Bedingungen reif für ein «grosses Wirtschaftsmanöver». Der sozialistische Staat unternehme dieses Manöver, um die geltenden Proportionen seiner Wirtschaft zu ändern. Eine solche Unternehmung sei üblicherweise mit einem ganzen Komplex interner und externer politischer und wirtschaftlicher Faktoren verbunden. So betrachtet Maltin beispielsweise die beschleunigte Industrialisierueng des Landes in den dreissiger Jahren als einen Fall, bei dem eben diese Aenderung der geltenden Proportionen in der Wirtschaft zustandekam. Heute sieht er das grosse Wirtschaftsmanöver darin, dass die Wirtschaftszweige der Leichtindustrie und der Lebensmittelproduktion materiellen Vorrang erhalten sollen.

Den Tatsachen gegenüber

Es trifft zu, dass die Sowjetunion im vergangenen Jahrzehnt einen gewichtigen Schritt zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung vorwärtsgekommen ist. Das gewaltige Wohnbauprogramm hat das Gesicht vieler Städte verändert. In Moskau allein ist der ganze grosse Distrikt von Praha aus dem Boden geschossen. Die steigende Qualität und Quantität der Leichtindustrieprodukte haben zusammen mit der steigenden Kaufkraft der Bevölkerung einen Fortschritt auf dem Bekleidungssektor bewirkt, den auch die ausländischen Besucher mit offensichtlicher Ueberraschung objektiv feststellen können.

Die Auswahl an Industrieprodukten verbessert sich rasch: der Markt ist wohl versorgt mit Fernsehapparaten, Transistor-Radios, Uhren, optischen Instrumenten, Tonbandgeräten. Das Warenangebot ist zweifellos stabilisiert worden. Die allgemeine soziale Situation hat bei Millionen von Arbeiter- und Bauernfamilien innerhalb eines Jahrzehnts von Grund auf geändert.

Nichtsdestoweniger ist die Sowjetgesellschaft mit dem erreichten Lebensstandard nicht zufrieden. Da gibt es immer noch viele und grosse soziale Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Der monatliche Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt etwa 90 Rubel, was ungefähr 900 Kronen entspricht: die Mindestlöhne liegen bei 40 Rubel. Zahlreiche Familien leben in sehr bescheidenen Wohnverhältnissen, manche in Einzimmerwohnungen.

Allerdings würden wir gegen die Wahrheit verstossen, wenn wir einzelne Erscheinungen aus dem Zusammenhang lösen wollten, ohne unsere Aufmerksamkeit ihren objektiven Ursachen zu widmen. Man darf nicht vergessen, was der Sowjetstaat vom zaristischen Russland übernahm, was für gewaltige Anstrengungen es zur Industrialisierung brauchte, was der Krieg dem Lande abverlangte, ein Krieg, der den Fortschritt der Sowjetwirtschaft um mindestens zehn Jahre verzögerte. Da gab es niemanden, welcher der Sowjetunion beigestanden wäre, aber die UdSSR hilft allen, seien sie gross oder klein, die ihrer Hilfe bedürfen. (Manche kurzsichtigen Leute sind in Versuchung, das zu «vergessen».) Schliesslich hat die Sowjetunion auch das Hauptgewicht im anti-imperialistischen Kampf getragen.

ERA (Ernst Ramseyer)
Chemische Kleiderreinigung
Effingerstrasse 111, Bern
Telephon (031) 25 55 88
reinigt — bügelt — repariert
kunststopft
Gratis-Abhol- und -Zustelldienst
5%-Rabattmarken oder Nettopreise

Das sind die Hauptgründe dafür gewesen, dass die sowjetische Konsumgüterindustrie solange das Aschenbrödel der Produktion geblieben ist. Vom Vorkriegsjahr 1940 bis 1963 stieg die sowjetische Industrieproduktion gesamthaft auf das 6,8fache (der Maschinenbau auf das 18fache), aber der Ausstoss der Leichtindustrie stieg nur auf das 3,1fache, die Produktion der Lebensmittelindustrie auf das 2,8fache.

Der Siebenjahresplan brachte keine entscheidende Aenderung; viele Ziele zur Hebung des Lebensstandards konnten nicht erreicht werden. Das unterschiedliche Wachstum von Produktionsmitteln und Konsumgütern ist immer noch zu spüren.

Erst im laufenden Jahr soll die Entwicklung der Konsumgüterproduktion substantiell beschleunigt werden. Anscheinend wird der neue Fünfjahresplan dieser Entwicklung weiteren Auftrieb geben, was übrigens auch vom KPdSU-Programm vorgesehen ist.

Mehr Güter für den Inlandmarkt

«Ekonomitscheskaja Gasjeta» und «Woprossy Ekonomiky» sind zurzeit in einer Diskussion über wirtschaftliche Proportionen und Entwicklungsraten begriffen. In diesem Zusammenhang wird auch das Gesetz vom Vorrang der Produktion von Produktionsmitteln in der UdSSR historisch neu beleuchtet. Es ist wohlbekannt, dass dem Ausbau der Schwer- und Maschinenindustrie zur Zeit der sozialistischen Industrialisierung in beträchtlichem Ausmass Vorrang gegeben wurde. Und das war auch durchaus gerechtfertigt. Auf Grund dieser Politik verfügt die Sowjetunion heute über ein mächtiges Industriepotential.

Viele Volkswirtschaftler sind derAnsicht, heute sei es möglich, die Entwicklung der Produktionsmittel zu verlangsamen und die Produktion von Konsumgütern stärker voranzutreiben. Laut ihnen müssen die Wachstumsraten dieser beiden Gruppen einander in der Uebergangsphase zum Kommunismus näherkommen und ein Verhältnis bestmöglicher Harmonie erreichen. E. Bregel, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, meint sogar, zu gewissen Zeiten dürfe die Konsumgüterproduktion auch schneller wachsen als die Schwerindustrieproduktion, wenn es darum gehe, Missverhältnisse zu eliminieren.

Diese theoretische Diskussion hat wertvolle Hinweise gegeben. Jedenfalls besteht kein Zweifel darüber, dass das Hauptmerkmal des neuen Fünfjahresplans in einem breiten Programm von Massnah-

denz clichés bern
Tscharnerstrasse 14
Telefon 031-45 11 51

men bestehen wird, die eine substantielle Hebung des Lebensstandards der Sowjetbevölkerung gewährleisten sollen. Das wird schon durch wirtschaftliche Ueberlegungen diktiert: Wenn Löhne, Gehälter und das Realeinkommen erhöht werden, so muss auch die Kaufkraft der Bevölkerung genügend ausbalanciert werden.

Die spezifischen Zahlen dieses Programms sind noch nicht bekannt. Immerhin ist ein grosses Wohnbauprogramm angekündigt worden, ebenso ein beträchtlich erhöhter Ausstoss an Wagen, Kühlschränken, weiteren Gebrauchsgütern und Textilien. Ein Teil des Schwerindustriepotentials wird auf die Produktion von Konsumgütern umgestellt werden.

Auch die Leicht- und Lebensmittelindustrie werden erheblich gestärkt werden. Damit ist es heute unvermeidlich geworden, dass das Programm zum Ausbau der chemischen Industrie — auf sieben Jahre vorgesehen — ebenfalls revidiert werden muss. Im Lichte der neuen Wirtschaftskonzeption hat sich das Volumen dieses Programms — 42 Milliarden Rubel — als unrealistisch erwiesen. Auf diese Tatsache hatten die Gosplan-Verantwortlichen bereits den früheren Ministerpräsidenten N. Chruschtschew aufmerksam gemacht. Immerhin hat die Sowjetregierung das Programm nicht einfach schubladisiert, sondern es auf auf gewinnbringende und realistischere Kanäle umgeleitet.

Die UdSSR sucht auch mehr Konsumgüter als zuvor im Ausland zu kaufen. Aber das Hauptanliegen des Inlandmarktes wird die Landwirtschaft sein. Die Regierung sieht die Entrichtung grosser Subsidien in bereits angekündigtem Ausmass vor. Wiederholen wir, dass die Verwirklichung von rund zwei Dutzend am Märzplenum beschlossenen Massnahmen (Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise, Steuerermässigungen und Tilgung von Schulden) allein vier Milliarden Rubel benötigen werden.

Diese ursprünglich nicht vorgesehene Summe entspricht etwa vier Prozent der Budgetausgaben.

Das sind nur einige Beispiele. Aber sie unterstreichen die offensichtliche Tendenz der «Wirtschaftsmanöver»: dem Volke mehr Güter zur Verfügung zu stellen.

Ungarns Priesterprozesse

Politische Prozesse, in denen sorgfältig präparierte Angeklagte ihre «Verbrechen» zerknirscht gestanden und oft um strenge Bestrafung baten, gehörten immer zu den Waffen des Kommunismus, zur Ausschaltung der Opposition oder zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU hat man diese Prozesse mit Acht und Bann belegt. Um so erstaunlicher ist die neue Entwicklung in Ungarn, wo die Behörden christliche Intellektuelle und Priester in systematischen geheimen Verfahren zum Schweigen bringen wollen.

Zoltan Kodaly erbat sich an seinem 80. Geburtstag von der «Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung» seines Landes eine einzige Gefälligkeit, die Freilassung seines Freundes, des Priesters und Kirchenkomponisten Alajos Werner. Parteichef und Ministerpräsident Janos Kadar erfüllte prompt den Wunsch des weltberühmten Künstlers.

Befehl zum Eingreifen

Kaum 20 Monate später stand Werner und mit ihm die Elite der ungarischen Geistlichkeit unter der schweren Anklage des Staatsverbrechens «Verschwörung zum Sturze der Volksrepublik» vor Dr. Istvan Bimbo, dem Senatspräsidenten des Budapester Obergerichts. Die Verurteilung der insgesamt 13 Priester erfolgte in zwei streng geheimgehaltenen Prozessen:

● **Ende April wurden sieben Mitglieder der ehemaligen Priestervereinigung «Regnum Marianum» verurteilt: Laszlo Emödy erhielt eine Gefängnisstrafe von neun Jahren, Istvan Keglevich eine solche von fünf Jahren, Istvan Thyri und Jozsef Hagyo wurden zu je vier Jahren verurteilt, Laszlo Rozsavölgyi zu dreieinhalb Jahren und Sandor Somogyi sowie Alajos Werner zu je zweieinhalb Jahren.**

● **Anfang Juni stellte man sechs Jesuitenpatres vor Gericht: em. Univ. Prof. Imre Mozsy, Philosophieprofessor Jozsef Dombi sowie die Patres Imre Morlin, Peter Cserepes, Sandor Takats und Elemer Rozsa. Pater Rozsa wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, während die Strafen seiner Mitangeklagten nicht bekanntgegeben wurden.**

Die Aktion begann bereits in der Nacht vom 7./8. Dezember des vergangenen Jahres. Nach dem Bericht des internen Organs des ungarischen Innenministeriums «Magyar Rendör» (Ungarischer Polizist) hat man in dieser Nacht die Wohnungen von nahezu 100 Budapester Priestern nach Geheimmaterialien durchstöbert. Das erwartete Geheimmaterial kam dabei nicht zum Vorschein, die Untersuchungsorgane konnten lediglich westliche religiöse Schriften als Beute sicherstellen. Laut «Magyar Rendör» handelte es sich unter anderem um folgende Schriften:

— Pereira: «Wer sagt uns die Wahrheit?»
— Auffray: «In mir lebt Christus!»
— Anne-Marie: «Aufrichtiges Gespräch mit Mädchen.»
— Häring: «Ehe — Religion — Kinder.»

Die Staatsanwaltschaft liess darauf 13 Priester verhaften. Sie alle gehörten zu den insgesamt 700 Priestern, die im Laufe der letzten sieben Jahre aus der Seelsorge ausgeschlossen worden waren und heute als Hilfsarbeiter in den Fabriken oder in den Kolchosen tätig sind. Sie wurden beschuldigt, mit Studenten, Jungarbeitern und Schülern regelmässig Gespräche über die Religion geführt zu haben. Sie haben — laut Anklage — auf ihren Arbeitsplätzen «religiöse Agitation» entfaltet, obwohl ihnen die Ausübung des geistlichen Berufes verboten war, und sich dadurch der «Verschwörung» schuldig gemacht. Das Organ des Innenministeriums war eher anderer Meinung: «Die Themen und der Ton der Diskussionsabende waren niemals gegen das